Menschenrechte in der EU

Der Europarat

Mit dem Ende der Schrecken des Zweiten Weltkriegs wurde in Europa neben den Institutionen der Europäischen Union (damals noch unter dem Namen EGKS) der Europarat gegründet. Diesem gehören neben den Mitgliedsstaaten der EU auch weitere Nachbarstaaten wie die Ukraine, Georgien oder die Türkei an. Der Rat ist allerdings kein offizielles Organ der Europäischen Union (nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat oder dem Rat der EU).

Der Rat verabschiedete im Jahr 1950 die Europäische Menschenrechtskonvention, welche für alle Menschen auf dem Territorium gilt und die Achtung aller zivilen und politischen Rechte garantiert. Bei Nichteinhaltung kann der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Staaten aufgrund von Menschenrechtsverletzungen verurteilen.

Hauptgebäude des Europarats in Straßburg. Quelle: Tagesschau

Viele Abkommen zwischen der EU und Drittstaaten beinhalten eine Menschenrechtsklausel, welche die Pflicht zur Wahrung der Menschenrechte als zentrales Element festlegt. Bei Nichteinhaltung droht eine Aussetzung oder der eine Einschränkung der Zusammenarbeit.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wurde 1959 gegründet, um die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention zu gewährleisten. Alle 47 Mitglieder des Europarats können bei Nichteinhaltung der Konvention belangt werden. Erst nach einer grundlegenden Reform im Jahr 1998 hat das Gericht allerdings weitgehende Befugnisse erhalten. Aufgrund wachsender Beschwerden ist der Gerichtshof meist chronisch überlastet. Die meisten Fälle werden dabei für unzulässig erklärt. Die Türkei, Italien und Russland waren zwischen 1959 und 2011 die Staaten mit den meisten Verurteilungen.

Die EU-Organe und die Ausübung der Menschenrechte

Die Europäische Menschrechtskonvention sowie die Charta der Grundrechte der Europäischen Union legen den Grundstein für die Einhaltung der individuellen Rechte aller EU-Bürger:innen. Durch den Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2009 wurden beispielsweise neben der Erweiterung der Befugnisse

des Gerichtshofs auch den Bürger:innen mehr Instrumente zur Gestaltung gegeben. Fühlen sich Bürger:innen in ihrer Freiheit verletzt, können sie vor dem nicht zur EU gehörenden Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte klagen.

Das Europäische Parlament sieht sich vor allem (als einziges direkt gewähltes Organ der EU) voll und ganz der Wahrung der Grundrechte der Union für die Bürger:innen verpflichtet. Im Plenum wird über die Lage der Grundrechte diskutiert und zusammen mit dem Rat der EU-Gesetze, mit denen Diskriminierung verboten und sichergestellt wird, dass die Arbeit der Menschen gleichbehandelt wird.

Nicht nur Menschen können klagen, sondern auch Institutionen. Wenn ein EU-Mitgliedsstaat gegen EU-Recht verstößt oder die Rechte einer Person nicht gewährleistet, kann die Europäische Kommission den Mitgliedsstaat vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen.

Im Jahr 2012 verabschiedete der Rat der EU menschenrechtlicher Grundsätze, welche in allen Gesetzgebungen zu verankern sind. Dazu gehören u.a.:

- Schutz des Einzelnen und Befähigung der Menschen zur Selbstbestimmung
- Förderung eines globalen Systems für Menschenrechte und Demokratie
- Schutz widerstandsfähiger, inklusiver und demokratischer Gesellschaften

Diese Leitlinien bilden für EU-Vertretungen praktische Anweisungen wie:

- Maßnahmen gegen die Todesstrafe
- Menschenrechtsdialogen
- Schutz von Kinderrechten
- Maßnahmen gegen Folter
- Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten
- Und viele mehr

Das Europäische Parlament verleiht jedes Jahr den Sacharow-Preis für die geistige Freiheit. Preisträger:innen waren bisher unter anderem Nelson Mandela oder der russische Oppositionelle Alexej Nawalny.

Verleihung des Sacharow-Preises 2020 an die oppositionelle Bewegung in Belarus, hier entgegen genommen von Swetlana Tichanowskaja (2 v.r.). Quelle: Berliner Zeitung

Die Europäische Union selbst ist allerdings auch in der Kritik, Menschenrechte nicht stringent einzuhalten. So ist in den letzten Jahren vor allem die teils gewaltsame Zurückdrängung von Geflüchteten (push Backs) auf dem Mittelmeer durch die Grenzpolizei oder den europäischen Grenzschutz Frontex sowie die Unterbringung Geflüchteter auf den griechischen Inseln scharf kritisiert worden. Ebenso wird der Europäischen Kommission einen eher zaghaften Umgang mit der Unterdrückung der Opposition oder der Einschränkung der Gewaltenteilung in Polen oder Ungarn nachgesagt.

Europäische, Wertebasierte Außenpolitik

Die EU hat mehrere Akteure, um sich global für Menschenrechte einzusetzen. Neben dem Europäischen Rat, dem Rat der europäischen Staats- und Regierungschefs, und dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten, der aus den Außenminister:innen der Mitgliedsstaaten besteht, setzt sich ebenso der Hohe Vertreter der Europäischen Union für die Stärkung der Menschenrechte ein. Der Auswärtige Dienst der EU, der Büros in der ganzen Welt betreibt sowie der Sonderbeauftragte für Menschenrechte stehen für die Bewahrung dieser Werte ein.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik hat sich zum Ziel gesetzt die Nachbarstaaten des Mittelmeers sowie die Staaten der ehemaligen Sowjetunion in enger Kooperation zu unterstützen. Eine politische und wirtschaftliche Kooperation zwischen der EU und diesen Staaten findet statt, wenn sich die Drittstaaten an gesetzte, europäische Standards der Menschenrechte bis hin zu Arbeitnehmer:innenrechte halten.

Quellen:

https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/165/human-rights

https://www.bpb.de/themen/recht-justiz/dossier-menschenrechte/38769/menschenrechte-in-europa/

https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/chapter/212/citizens-fundamental-rights-security-and-justice

Quiz:

Welches der folgenden Werte ist kein Grundwert des Vertrags über die Europäische Union?

a) Freiheit
b) Schutz der Familie
c) Achtung der Menschenwürde

Welches Land verließ im Jahr 2022 den Europarat?

a) Belarus
b) Schweden
c) Russland

Welches Land verklagte die Europäische Kommission im Frühjahr 2021 aufgrund der Einschränkung der Rechtsstaatlichkeit im Land?

a) Polen
b) Rumänien
c) Slowakei

Lösungen:

1) b)
2) c)
3) a)